

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Traute Müller zum Entwurf
des neuen Grundsatzpro-
gramms: Eine Chance, ge-
meinsam weiterzukommen.

Seite 1

Uwe Lambinus MdB zum
Erfordernis, Süchtigen mit al-
ternativen Strategien zu hel-
fen: Bayerns Drogenpolitik
ist gescheitert.

Seite 3

Michael Müller MdB zur
Vermeidung einer Verwechs-
lung: Coop ist nicht gleich
Coop.

Seite 4

Rezension:

Dr. Karsten Schröder stellt
das Buch „Deutsche Paralle-
len“ von Peter Bender vor.

Seite 5

44. Jahrgang / 186

27. September 1989

Eine Chance, gemeinsam weiterzukommen

Gedanken zum Entwurf des neuen Grundsatzprogramms

Von Traute Müller
Vorsitzende der Hamburger SPD

„Für die Zukunft der Linken bahnbrechend“, so hat der französische Philosoph André Gorz den Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm kürzlich eingeschätzt. „Ein Programm des guten Willens, aber ohne Gesellschaftsanalyse“, so kritisiert der Soziologe Oskar Negt das Papier. Die „Neue Gesellschaft“, eine ebenso wichtige wie spannende Zeitschrift, beschäftigt sich in der neuesten Ausgabe schwerpunktmäßig mit dem zukünftigen Programm der SPD.

Fast hatte ich den Eindruck, daß die Programmdiskussion außerhalb der SPD, ja sogar international mehr Beachtung findet als innerhalb der Partei. Dies sollte zumindest für das jetzt anstehende „Finale“ der Programmdiskussion nicht zutreffen. Am 19./20. Dezember 1989 wird der Bremer Bundesparteitag das neue Grundsatzprogramm der SPD verabschieden. Der Entwurf liegt vor. Er wird jetzt in den Distrikten und Kreisdelegiertenversammlungen beraten.

Die CDU ist jahrzehntelang ohne ein Grundsatzprogramm ausgekommen, aber die SPD hat das ihre schon 1959 in Godesberg verabschiedet. Wozu brauchen wir also nach dreißig Jahren ein neues?

Nirgendwo gibt es derzeit fertige Antworten auf die globalen Probleme. Fragen der Zukunftsgestaltung müssen heute beantwortet werden, damit wir uns morgen an die Lösung der Probleme machen können. Die Herausforderungen stellen sich weltweit dar: Umweltzerstörung und Hochrüstung, die Verelendung in den Ländern der „Dritten Welt“ und die wirtschaftliche Machtkonzentration bei wenigen multinationalen Konzernen zählen dazu.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtete Untereinheit
mit wertvollen Rohstoffen
Kreuzholz-Papier



Mit dem Bremer Programm wollen wir die längerfristigen Perspektiven unserer Politik aufzeigen. Es soll bis in das nächste Jahrhundert gültig sein. Mit dem Programm unternehmen wir einen Schritt zur Erneuerung der Grundlagen unserer Politik, die bis jetzt durch das Godesberger Programm von 1959 beschrieben wurden.

Was leistet unser Programmentwurf angesichts dieser Aufgabenstellung?

Tatsache ist, daß heute am Beginn der 90er Jahre wohl keine sozialistische Schwesterpartei und schon gar nicht die konservative oder liberale Konkurrenz so gründlich an die wesentlichen Probleme der Zukunft herangegangen ist.

Große Streitpunkte sind dabei die Aussagen über die Zukunft der Arbeit und die Wirtschaftsdemokratie, über Plan und Markt, geblieben. Dies kann in einer Welt, die dermaßen stark im Umbruch ist, nicht überraschen.

Die Sowjetunion und die anderen osteuropäischen Staaten müssen heute feststellen, daß ihr Modell der von oben gesteuerten „Befehlswirtschaft“ (Gorbatschow) vollständig gescheitert ist. Markt und Eigeninitiative werden gerade wiederentdeckt. Demokratie und Aufhebung der Entfremdung sind unabdingbare Voraussetzungen der Produktivkraftentwicklung geworden, das hat man erkannt.

Triumphiert damit die kapitalistische Marktwirtschaft über die Ideen des Sozialismus, wie sie im Programm unserer Partei vom Beginn an im Mittelpunkt standen? Der Programmentwurf der SPD gibt darauf eine prinzipiell andere Antwort: Es weist mit aller Klarheit darauf hin, daß der Markt weder die Vollbeschäftigung noch Verteilungsgerechtigkeit herstellen kann und schon gar nicht in der Lage ist, die Umwelt vor der weiteren Zerstörung zu bewahren.

Es stellt daher klar, daß der Markt keineswegs allein die Richtung angeben darf, in der sich die Gesellschaft weiterentwickelt.

Programmatische Formelkompromisse wie „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“ belegen natürlich, daß die Kontroverse in unserer Partei um das Verhältnis von Plan und Markt noch lange nicht beendet ist.

Dennoch zeigt der Programmentwurf zumindest Perspektiven für die weitere Diskussion auf, ausgehend von dem Grundsatz, daß Vorsorge und Gestaltung unabweisbar sind, daß die wirtschaftlichen Grundentscheidungen demokratisch getroffen werden müssen. Davon sind wir auch in der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft noch meilenweit entfernt.

Die Programmdebatte ist im Dezember nicht beendet. Gleich daran anschließend soll das Programm „Fortschritt '90“ unsere politischen Zielvorstellungen für die nächsten Jahre konkretisieren. Damit wollen und werden wir in den Wahlauseinandersetzungen des Jahres 1990 Mehrheiten erringen.

Wer den Entwurf für das Grundsatzprogramm einmal durchgesehen hat, wird sicherlich eine Vielzahl von kritischen Anmerkungen machen wollen. Dies ist nicht in erster Linie als Schwäche des Entwurfs, sondern als Chance unserer Partei, in der Diskussion gemeinsam weiter voranzukommen, zu verstehen. Wir werden dies dringend brauchen, auch über den Bremer Parteitag hinaus.

Das Parteiprogramm gehört nicht nur in das Bücherregal, sondern dient auch der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit.

(-/27.9.1989/rs/ks)

* * *

Bayerns Drogenpolitik ist gescheitert

Zum Erfordernis, Süchtigen mit alternativen Strategien zu helfen

Von Uwe Lambinus MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Drogenpolitik der Bayerischen Staatsregierung ist gescheitert. Während im gesamten Bundesgebiet die Zahl der Drogentoten in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 101,0 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Jahres 1987 gestiegen ist, hat der Freistaat Bayern im Vergleichszeitraum eine Steigerung der Drogentoten um 133,3% zu verzeichnen.

In konkreten Zahlen ausgedrückt: Während in den ersten acht Monaten des Jahres 1987 in Bayern 21 Drogentote zu beklagen waren, stieg die Zahl der Drogentoten in Bayern in den ersten acht Monaten dieses Jahres auf 49 an.

Diese Zahlen hat der Bundesminister des Innern auf meine schriftliche Anfrage mitgeteilt.

Diese, weit über dem Bundesdurchschnitt liegende Steigerung der Drogentoten in Bayern zeigt eindringlich, daß - allen gegenteiligen Beteuerungen der Bayerischen Staatsregierung zum Trotz - die sogenannte „Harte Linie“ in der bayerischen Drogenpolitik gescheitert ist.

Die Bayerische Staatsregierung muß endlich neben der harten Linie der Strafverfolgung auch ernsthafte Alternativprogramme für Drogenkranke erproben. Dabei darf es angesichts des schlimmen menschlichen Elends keinerlei Tabus geben.

Die bisherige Tabuisierung von Methadon-Programmen für Drogenkranke durch die Bayerische Staatsregierung erweist sich zunehmend als verhängnisvoll. Nur wer Drogenkranken die Möglichkeit bietet, sich aus dem teuflischen Kreislauf von Sucht und Beschaffungskriminalität auszuklinken, hat die Chance, ein weiteres Ansteigen tödlich endender Suchtkarrieren zu stoppen und gleichzeitig einem weiteren Anstieg der Beschaffungskriminalität vorzubeugen.

Das unendliche Leid der Drogenkranken und ihrer Familien, aber auch der Opfer der Beschaffungskriminalität, fordert schnelles und mutiges Handeln; ohne ideologische Scheuklappen. Die Bayerische Staatsregierung ist gefordert. Das „Heile-Welt-Gerede“ muß ein Ende haben.

* * *

Coop ist nicht gleich Coop

Zur Vermeidung einer Verwechslung

Von Michael Müller MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Genossenschaftswesen, Genossenschaftsrecht“ beim
SPD-Parteivorstand

Coop ist nicht gleich Coop. Während die Coop AG seit Monaten negative Schlagzeilen macht, befinden sich die Coop-Genossenschaften im Aufwind. Diese Konsumgenossenschaften sind wirtschaftlich kerngesund und leisten wichtige innovative Beiträge zugunsten der Verbraucher.

Anfang der 70er Jahre gingen zahlreiche Konsumgenossenschaften einen verhängnisvollen Weg. Sie lösten sich in der Rechtsform auf und schloßen sich aus einseitig ökonomischen Gründen in der „coop-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main“ zusammen. Dagegen bewahrte sich rund ein Dutzend Konsumgesellschaften ihre Unabhängigkeit und gingen bewußt nicht den Weg der Konzernbildung und Zentralisierung. Sie halten an ihrer besonderen Eigenschaft fest, bei der der Kunde als Mitglied zugleich Eigentümer und Konsument ist.

Diese Unternehmensphilosophie, bei der jedes Mitglied der Genossenschaft eine gleichberechtigte Stimme hat, ist überaus erfolgreich. Die Identität zu den Leistungen des Unternehmens ist hoch, die Coop eG geht neue ökologische Wege im Nahrungsangebot und zeichnet sich durch einen sozialen Standard aus.

Insofern ist Klarheit notwendig: Unter dem Namen Coop verbergen sich zwei höchst unterschiedliche Unternehmensformen und Wirtschaftsphilosophien. Im Gegensatz zur einseitig kapitalorientierten Aktiengesellschaft ist der Zweck der Genossenschaft durch die Förderung der Mitglieder sehr viel weiter gefaßt.

Die traditionsreichen Konsumgenossenschaften arbeiten sehr erfolgreich, sie schreiben seit Jahrzehnten schwarze Zahlen und haben ihre Marktanteile beträchtlich ausdehnen können. Die Konsumgenossenschaften erzielten 1988 einen Umsatz von rund fünf Milliarden DM in 1.113 Läden. Die Zahl der Mitglieder beträgt rund 650.000. Besonders erfolgreich ist die Coop-Genossenschaft Dortmund/Kassel mit erstaunlichen Bilanzen. In einem Einzugsbereich von 3,2 Millionen Einwohnern zählt sie rund 480.000 Mitglieder.

Die genossenschaftliche Idee erlebt heute eine Renaissance. Ihre kooperative, ökologisch angepaßte Ausrichtung ist eine Wirtschaftsform der Zukunft. Dies zeigt sich auch daran, daß zahlreiche innovative und ökologisch ausgerichtete Neugründungen diese Rechtsform wählen. So zum Beispiel die Bonner Aubergine-Genossenschaft, ein „Vollwert-Frischdienst für Gourmets“, die Bonner Mathema-Genossenschaft für EDV-Qualifikation oder auch das Projekt „Begleitung“, eine neue Form von Bestattungsgenossenschaft. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Die Begriffe „alternative Betriebe“ oder „Beschäftigungsinitiativen“ greifen für diese Formen schon lange nicht mehr, es haben sich trotz ungünstiger wirtschaftlicher und gesetzlicher Rahmenbedingungen sehr anspruchsvolle und handfeste Wirtschaftsformen ergeben. Die einseitige Orientierung der Kapitalgesellschaften auf die Rendite ist mit der Coop AG erneut fragwürdig geworden. Es geht um neue reformerische Wege. Die Neubelebung der Genossenschaftsidee ist hierfür ein wichtiger Beitrag.

(-/27.9.1989/rs/ks)

* * *

REZENSION
=====

Die Zukunft der Deutschen in Europa: Geteilt, aber nicht getrennt

Peter Bender: Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten, Siedler Verlag, Berlin 1989, 254 Seiten, DM 39,80.

Gegen die während der letzten Wochen epidemiehaft ausgebrochene Wiedervereinigungsrhetorik in vorwiegend konservativen Kreisen helfen eigentlich nur noch nüchterne Hinweise auf die Realitäten. Besonders im so gefeierten 40. Gründungsjahr der beiden deutschen Teilstaaten sind kritische Bilanz und illusionslose Bestandsaufnahme der deutsch-deutschen Beziehungen angebracht. Dem Autor Peter Bender gelingt nicht nur dies auf souveräne Weise, er formuliert auch anstrebenswerte, realisierbare Perspektiven für das Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander. Dieses Buch, das insgesamt durch eine faszinierende Diktion und anregende Betrachtungsweise überzeugt, dürfte ohne Zweifel zu einer der wichtigsten politischen Publikationen des Jahres gezählt werden.

Während die historische Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten in vielen Einzeldarstellungen eher isoliert nachgezeichnet worden ist, betrachtet der Berliner Publizist in origineller Sicht die deutsche Nachkriegsgeschichte dagegen als „Geschichte gleicher Nöte und Notwendigkeiten“. Denn beide Staaten „sahen sich mit den gleichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten konfrontiert, und oft fanden sie darauf auch gleiche Antworten, nur spiegelverkehrt und nicht immer zur gleichen Zeit. Aber nicht die Ähnlichkeit mancher Lösungen, sondern die Gemeinsamkeit der Probleme verbindet die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR“. Seine Darstellung beginnt nicht erst bei der formellen Staatsgründung 1949, sondern setzt mit dem Ende des Hitler-Faschismus im Jahre 1945 ein.

Bender erinnert daran, daß beide deutsche Staaten die Erben Hitlers sind und Schwierigkeiten mit der Bewältigung dieser gemeinsamen Vergangenheit hatten und immer noch haben: „Bundesrepublik und DDR öffnen sich der Vergangenheit weiter als in den vergangenen Jahrzehnten, doch ein ehrliches, überzeugendes Verhältnis dazu haben beide noch nicht; deshalb sind sie innerlich unsichere, von außen leicht verletzbare Staaten geblieben. (...) Die ersten vierzig Jahre beider Republiken zeigen die Folgen versäumter Verantwortung der Alten. Das meiste, was zwischen Rhein und Oder unerklärlich wirkt, was künstlich, übertrieben, nicht fundiert erscheint und was die Nachkriegs-Deutschen von ihren Nachbarn unterscheidet, hat seine tiefere Ursache in einer ständigen Verdrängung Hitlers. Wo immer man fragt und sucht und gräbt, am Ende stößt man auf verschüttete Vergangenheit.“

Die Besatzungszeit durch die Alliierten war nicht nur der Beginn der staatlichen Teilung Deutschlands, es entwickelten sich im Laufe des Ost-West-Konflikts die beiden Teilstaaten zu ideologisch ausgerichteten Bündnismitgliedern. Es war für beide deutsche Staaten, wie Bender meint, eine „unreife Partnerschaft“, da sie zwar als Verbündete eigentlich unerwünscht, aber unvermeidlich waren. „Beide deutsche Staaten waren zu früh Verbündete geworden; um ihrer Sicherheit willen mußten sie sich unentbehrlich machen, und ihrer zweifelhaften Reputation wegen mußten sie sich bewähren. So entwickelten sie sich zu Frontstaaten ihrer jeweiligen Allianz, nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Gesinnung. Keiner erfüllte - außer der Vormacht - die Bündnisverpflichtungen so korrekt, keiner behielt den Feind so wachsam im Auge, keiner achtete so sorgfältig auf die Geschlossenheit des Bündnisses, keiner mißtraute den Friedensbeteuerungen der Gegenseite so tief, und keiner warnte so entschieden vor den „Aufweichungs“-Gefahren einer Entspannung.“

Folglich taten sich die politischen Eliten in beiden Staaten schwer, das Konfrontationsdenken aufzugeben, als die Supermächte auf Entspannungskurs gingen; Adenauer und Ulbricht sahen, trotz aller Wiedervereinigungsbeschwörungen, ihre Politik der staatlichen und ideologischen Abgrenzung bedroht. So mußten beide Staaten unter mehr oder weniger sanften Druck gesetzt werden. „Beide folgten den Auffassungen ihrer Vormächte erst mit Verspätung, dann aber erkannten sie, daß ein ruhiger Interessenausgleich auch für sie weit vorteilhafter war als das alte Ost-West-Gegeneinander. Bonn wie Ost-Berlin machten Entspannung zur eigenen Politik; die Bundesrepublik begann konsequent damit erst unter dem Kanzler Brandt, die DDR in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre unter dem Generalsekretär Honecker.“

Mit den ostpolitischen Verträgen der siebziger Jahre traten nicht nur beide deutsche Staaten in normale Beziehungen zueinander, auch war die deutsche Frage im Sinne der Sieger geregelt. „Beide deutsche Staaten hatten sich in aller Form mit dem Zustand abgefunden, der durch Hitlers Krieg und den Kalten Krieg entstanden war.“ Erst diese Politik verschaffte beiden Staaten auch wieder Bewegungsfreiheit, konnte nicht nur wie bisher Handel, sondern auch wieder eigenständige Politik betreiben werden. Beide Staaten, so interpretiert Bender diese Entwicklung, haben sich unter dem Schutz der Bündnisse zu souveränen Staaten „emanzipiert“. Allerdings findet ihre Souveränität, die vielzitierte „Selbstbestimmung“, bei den Alliierten Rechten nach wie vor ihre Grenze.

Bender folgert aus dieser Tatsache, die bei politischen Sonntagsrednern gern vergessen wird, eine schlüssige Einsicht: „Wirksamer als die Rechte der Sieger sind die politischen Tatsachen, die sie geschaffen haben. Bundesrepublik und DDR sind mit Pflichten und Interessen so fest in ihre Wirtschafts- und Bündnisgemeinschaften eingeflochten, daß sie sich ohne großen eigenen Schaden daraus nicht lösen können - die Mehrheit der Bundesbürger und die staatstragenden Schichten der DDR wollen es auch nicht. So scheint es, als hätten sich seit 1949 mehr die Formen als die Sache geändert. Statt der Macht der Besatzung sorgt nun die Macht der Verhältnisse dafür, daß die Nachkriegsordnung für Deutschland bestehen bleibt.“

Es entsprach also nur der Anerkennung der Realitäten, wenn seit gut 25 Jahren Bonn wie Ost-Berlin „das Ziel einer staatlichen Vereinigung aus ihrer operativen Politik herausgenommen“ haben, schreibt Bender. So kann es bei der „deutschen Frage“ nicht mehr um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit, sondern um die Überwindung der Trennung und einer Regelung der „deutschen Verhältnisse“ gehen. Eine Lösung könnte nach Bender, der auf eine innerlich reformierte DDR setzt, so aussehen: „Zwei demokratische Staaten, der eine vielleicht demokratisch-sozialistisch, offen zueinander und in enger Verbindung miteinander, zwischen ihnen West-Berlin, das keinen mehr stört und beiden nützt“. Doch dies ist nicht allein Sache der Deutschen, die Supermächte und die europäischen Nachbarn haben in dieser Angelegenheit ein wichtiges Wort mitzureden. Um die nach wie vorher in Ost und West bestehenden Befürchtungen hinsichtlich eines deutsch-deutschen Arrangements abzubauen, sollten die Deutschen „das Angebot ihrer Zweistaatlichkeit machen“. Allerdings, so der Autor, unter zwei Bedingungen: „Die Staaten müssen von ihren Bürgern angenommen werden und zueinander in einem Verhältnis stehen, wie es die gemeinsame Geschichte, Kultur und menschlichen Bindungen gebieten. Mehr aber als die freiwillige Hinnahme der Teilung kann niemand verlangen. Wenn die Deutschen sich mit zwei Staaten zufrieden geben, dürfen die anderen deren Zusammenleben nicht mehr stören. Ein geteiltes, aber nicht getrenntes Deutschland wäre ein historischer Kompromiß, er würde das Land in der Mitte mit Europa versöhnen.“

Dr. Karsten Schröder

(-/27.9.1989/rs/ks)

* * *